

geheime (~~vertrauliche~~) Stadtratssitzung einzuberufen um den Mitgliedern Aufschluß über den Stand der Angelegenheit zu geben. - Nach der dem Herrn Abg. Loibl gewordenen Mitteilung sei wohl kaum mit einer Aenderung des Ministerratsbeschlusses mehr zu rechnen. Trotzdem müsse aber bis zuletzt alles versucht werden, was zur Abwendung dieser die Stadt aufs äußerste gefährdenden Massnahme geschehen könne. - Er schlage deshalb dem Stadtrat vor, ~~sofort~~ eine Abordnung des Stadtrates, in der alle Parteien vertreten sind, in den nächsten Tagen an die beteiligten Ministerien zu senden und hiezu auch ausser den beiden Abgeordneten Loibl und Merkl einen Vertreter der Anwaltschaft und ~~die~~ Vorstände des Handels- und Gewerbevereins abzuordnen.

Stadtrat Loibl berichtet sodann über seinen Besuch im Justizministerium und über eine sofortige schriftliche Vorstellung an den Ministerpräsidenten, die durch einen eigenen Kurier noch am 30.9. früh in München überreicht worden war.

Der Stadtrat nimmt von diesen Berichten Kenntnis und erklärt sich mit der vom Bürgermeister vorgeschlagenen Abordnung einstimmig einverstanden. - Für die Abordnung werden bestimmt ausser dem Bürgermeister und den beiden Abgeordneten die Stadträte: Dr. Gromer, Hees, Bachmeier, Metzger und Mohr. - Der Bürgermeister empfiehlt gleichzeitig den Angehörigen der verschiedenen Parteien mit Vertretern dieser Parteien im Landtag sich ins Benehmen zu setzen und sie zu Vorstellungen bei den zuständigen Stellen zu veranlassen.

Abgeordneter M e r k l, der zu dieser Sitzung eingeladen und erschienen war, berichtet sodann über seine Bemühungen in dieser Angelegenheit und wies darauf hin, daß der von dem Landtag eingesetzte Ausschuß zur Beratung der Regierungsvorschläge über die Staatsvereinfachung nur eine gutachtliche, nicht eine entscheidende Stellung einnehmen könnte.

Stadtrat Loibl gibt noch bekannt, dass er beabsichtige eine Versammlung des Handels- und Gewerbevereins und des Industrie- und Handels-Gremiums einzuberufen und dort die Sachlage noch eingehend ~~erörtern werde~~. - Hiezu werde auch der Stadtrat eingeladen.

Stadtrat Dr. Gromer fasst die Aeusserungen der verschiedenen Redner aus allen Parteien dahin zusammen, dass sie ^{alle} die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß seitens des ^{früher} Bürgermeisters und der Herren Abgeordneten nichts versäumt ^{würde} ~~worden sei~~, was zur Erhaltung des Landgerichtes geschehen konnte und dass sie nach den ihnen von verschiedenen Stellen gegebenen Aufschlüssen zu der Annahme kommen mussten, dass das Landgericht nicht gefährdet sei, und durchaus berechtigt waren die Oeffentlichkeit in diesem Sinne aufzuklären. Er beantragt deswegen folgende E n t s c h l i e s s u n g zu fassen:

„ Der Stadtrat hat sich überzeugt, dass seitens des Herrn Bürgermeisters und der Herren Abgeordneten nichts ~~versäumt~~ ^{versäumt} worden ist was zur Erhaltung des Landgerichtes geschehen konnte und dass sie vollauf berechtigt waren in diesem Sinne die Oeffentlichkeit aufzuklären. - Er spricht deshalb den genannten Herren Dank und Anerkennung für diese Tätigkeit aus.“

Der Stadtrat nimmt diese Entschliessung einstimmig an.

Neuburg a.d. Donau, den 1. Oktober 1927.

Stadtrat:
gez. Mayer.

Nummer des Vortrags	Nummer des Exhibit	Referent	Gegenstand
---------------------------	--------------------------	----------	------------

268

Stadtrat leidet nicht nur an der Beschränkung eines
Vorsitzes, sondern auch an der Beschränkung der
und Handels-Gewerbe, welche die Beschränkung noch
eingeführt worden ist. Diese Beschränkung ist
eingeführt worden, um die Beschränkung zu
Stadtrat leidet nicht nur an der Beschränkung eines
Vorsitzes, sondern auch an der Beschränkung der
und Handels-Gewerbe, welche die Beschränkung noch
eingeführt worden ist. Diese Beschränkung ist
eingeführt worden, um die Beschränkung zu
Stadtrat leidet nicht nur an der Beschränkung eines
Vorsitzes, sondern auch an der Beschränkung der
und Handels-Gewerbe, welche die Beschränkung noch
eingeführt worden ist. Diese Beschränkung ist
eingeführt worden, um die Beschränkung zu

Beschluß

Siehe beiliegenden Abdruck !

In der auf heute ordnungsgemäß anberaumten
Sitzung des Stadtrates, zu der sämtliche 19 Mitglie-
der geladen und 13 erschienen sind, wurde die Ent-
schliebung der Regierung von Schwaben und Neuburg,
Kammer des Innern vom 22. August 1927, Nr. VII 3442
bekanntgegeben. Der Stadtrat erkennt einstimmig die
Bedingungen der genannten Entschliebung an.



Stadtrat Neuburg a.d. Donau.

Kayer

Münch